



Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK Herbst 2021

Editorial von Dr. Bertrand Malmendier, Partner bei Malmendier Legal und Vorstandsmitglied des DFWK



Liebe Mitglieder und Freunde des DFWK,

die Präsidentschaftswahlen in Frankreich stehen im April 2022 bevor. Derweil hat Deutschland gewählt. Noch vor einigen Jahren war Annegret Kramp-Karrenbauer Gast unseres Wirtschaftskreises. Heute ist die langjährige Regierungspartei CDU nach 16 Jahren mit Angela Merkel geschwächt. Die Entscheidung, Kanzleramt und Parteiführung zu trennen, führte zum schlechtesten Wahlergebnis in der Geschichte der Union. Eine Ampelkoalition unter einem Kanzler Olaf Scholz, ein FDP-Finanzminister und eine beschleunigte Klimawende unter den Grünen erscheinen greifbarer denn je.

Was ist in der bürgerlichen Mitte Deutschlands schiefgelaufen? Grundlegende Wirtschafts- und Sozialreformen gab es unter Merkel – entgegen ihrer Ankündigung auf dem Leipziger Parteitag in 2003 – nicht. Damit konnte sie nicht punkten. Stattdessen übernahm Merkel schnell Positionen ihrer Gegner, insbesondere der Grünen, bevor diese sie selbst umsetzen konnten: Der Atomausstieg wurde zu schnell beschlossen, gefolgt vom Kohleausstieg; ihre Grenzöffnung und Migrationspolitik erschreckte die europäischen Partner Deutschlands; die Lebensentschnitte während der Covid-Pandemie wurden verfassungsrechtlich beanstandet; eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland rückte in weite Ferne. Das größte Problem: Durch ihre politische Ausrichtung ermöglichte Merkel das Erstarken einer neuen Kraft: der AfD.

Erwartet uns in Frankreich nächstes Jahr das Gleiche? Trotz ähnlicher Covid-Verdrossenheit der Franzosen ist die Situation in Deutschland auf Frankreich nicht übertragbar. Während Mitte-Links in Deutschland im Aufwind ist, rechnen Analysten damit, dass in Frankreich einer von zwei Rechtspopulisten, Marine Le Pen oder Eric Zemmour, im second tour gegen Präsident Macron antreten könnte. Unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen dürften vom Wahlgang in beiden Ländern eher nicht betroffen sein. Trotz teilweise unterschiedlicher Akzentuierung der wirtschaftlichen Prioritäten, insbesondere in der Energiepolitik, wo Frankreich unverändert auch auf Atomkraft setzen wird, und sei es zur Produktion nicht von Grünem, sondern so genannten Rosa Wasserstoff.

Die Kontinuität der guten Beziehungen unserer Länder sicherzustellen, bleibt die wichtigste Aufgabe des DFWK, unabhängig von den Regierungsfarben in beiden Ländern. In diesem Sinne freuen wir uns, Sie möglichst zahlreich auf unserer nächsten Mitgliederversammlung am 17. November 2021 begrüßen zu dürfen und wünschen Ihnen bis dahin alles Gute.

Ihr Bertrand Malmendier

Inhaltsverzeichnis

S. 2-4 Dirk Schneemann: Die Deutsch-Okzitanischen Wochen

S. 4-6 Laura König: Berlin vom Wasser aus erlebt

S. 7-8 Cecile Calla: Les acteurs économiques appellent les partis à former un gouvernement

S. 9 Sébastien Martin: Présentation des VFAJ/DFSJ



Die Deutsch-Okzitanischen Wochen entdecken den „Osten als neues Eldorado künftiger Wirtschaftsbeziehungen“

Es mussten mehr als 30 Jahre ins Land gehen, bis Frankreich beginnt, den Osten Deutschland für sich „wiederzuentdecken“. Neben großen und kleinen Initiativen auf unterschiedlichen Ebenen sind signifikante Ansätze besonders in der Region Occitanie erkennbar. Ein Bericht von Dirk Schneemann



Dirk Schneemann
(DFWK, Organisator)

Die Region Occitanie (Südfrankreich – Montpellier, Nîmes, Sète, Toulouse) richtete im Rahmen ihrer diesjährigen Deutsch-Okzitanischen Wochen vom 3. bis 22. Oktober ein besonderes Augenmerk auf Ostdeutschland und die sich dort ergebenden Kooperationsmöglichkeiten mit ostdeutschen Unternehmen.

Entgegen so mancher Berichterstattung in den Medien finden sich dort viele interessante Kooperationsmöglichkeiten, wobei das politische Umfeld wesentlich freundlicher und demokratischer ist, als vielfach angenommen.

Die deutsch-okzitanischen Wochen wurden 2018 erstmals in Occitanie initiiert und wollen die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesell-



Feierliche Eröffnung der Deutsch-Okzitanischen Wochen am 3.10. in der Oper Montpellier in Beisein vom Deutschen Botschafter Lucas, den Oberbürgermeistern von Montpellier und Heidelberg, der Stellv. Regionalpräsidentin, der Präsidentin der Mediengruppe La Dépêche du Midi und des Präsidenten des DFWK Occitanie (RAFAL)

schaftlichen Beziehungen zu Deutschland und die Potenziale der Region stärken. Besonders RAFAL als „wirtschaftliches Pendant“ des Verbands „Allemagne -Occitanie l'Europe au coeur“ sowie die Mediengruppe Dépêche du Midi gehören zu den Initiatoren dieses hervorragenden Projektes, das ebenso von der Regionalpräsidentin Carol Delga unterstützt wird.



Auszeichnung von Richard Jarry, Präsident RAFAL, und Alban Zanchiello, Berater der Regionalpräsidentin, durch Deutschen Botschafter Lucas für Verdienste um Deutsch-Französische Zusammenarbeit

Insbesondere zwei Events widmeten sich der „Entdeckung des Osten Deutschlands“. Ein Roundtable mit Vertretern und Unternehmern der Industrie- und Handelskammer des Departements Hérault sowie eine Konferenz unter dem verheißungsvollen Motto „Ex-Ostdeutschland: eine lebendige Region, geeignet für innovative Kooperationen okzitanischer Unternehmen“ im ersten Haus am Platze, des Maison de Région, Sitz der Regionalverwaltung Okzitanien.



Mit von der Partie auf deutscher Seite waren Markus Hempel, GTAI-Direktor Paris, Dirk Schneemann, DFWK-Vizepräsident, (beide vor Ort) sowie online zugeschaltet aus Deutschland Anke Siegmeier, Managerin International Affaires OptoNet Jena, Kathrin Stiller, Leiterin Regionalentwicklung IHK Chemnitz, Frank Nehring, Initiator OWF und Herausgeber W+M, Dr. Jens Katzek, Geschäftsführer ACOD Leipzig, Arnaud Schott, Geschäftsführer Aden Immo Berlin, und Ziga Valiz, Direktor Optitec France. Im Publikum vor Ort saßen u.a. die wichtigsten regionalen Entscheidungsträger in Sachen Wirtschaftsförderung und Internationalisierung.



Auszeichnung von Richard Jarry und Alban Zanchiello

Nach gut vier Stunden stand für alle Beteiligten fest: „*Da geht was! Packen wir es gemeinsam an!*“ Und so gibt es nicht nur Übereinstimmung bei wichtigen Themen wie Infrastruktur, Mobilität, Energie, Digitalisierung sondern auch in Bezug auf Transformationsprozesse der lokalen Wirtschaftsstrukturen. In Bezug auf die ostdeutschen Regionen standen nicht nur Sachsen und Thüringen im Fokus – auch in Mecklenburg-Vorpommern sieht man Ansatzpunkte im Bereich der maritimen Wirtschaft.

Nach diesem vorerst gelungenem Prolog geht es jetzt um ganz konkrete Schritte – Austausch von Unternehmerdelegationen bestimmter Branchen – wie Optik, Automobil – Teilnahme an Jahreskonferenzen und Messen – waren spontane Angebote, die man sich gegenseitig machte.

Und auch die Einladung von Frank Nehring zum nächsten OWF 2022 nach Bad Saarow wurde von französischer Seite dankend angenommen. Nächster Höhepunkt der Deutsch-Okzitanischen Wochen ist der „Tag Sachsens“ am 22.10. in Toulouse, an dem auch die Justizministerin Sachsens, Katja Meier, teilnimmt. Regionale und neue Städtepartnerschaften dürften da u.a. auf der Agenda der Gespräche stehen.

All das zusammengefasst lässt es als lohnenswert erscheinen, im Rahmen eines neuen und breit aufgestellten Denkansatzes – frei von „*ostalgotischen Träumen*“ aber unter gezielter Nutzung sich bietenden Chancen – zu einer neuen „*gesamtdeutsch*“-französischen Zusammenarbeit zu kommen – zu beiderseitigem Nutzen und ganz im Sinne der Vertiefung der europäischen Entwicklung.

Die Region Occitanie leiste hierfür einen wichtigen Beitrag und die Deutsch-Okzitanischen Wochen haben einen wichtigen positiven Impuls gegeben.



Eröffnung der Wirtschaftskonferenz Occitanie-Ostdeutschland, am 5.10. im Plenarsaal der Regionalverwaltung durch Alban Zanchiello, Richard Jarry, Markus Hempel (GTAI) und Dirk Schneemann (DFWK)



Berlin vom Wasser aus erleben: Die gemeinsame Schiffsfahrt mit dem Deutsch-Niederländischen Business Club



Laura König, Präsidentin DFWK Jugend

Am 10. August begrüßten der DFWK und Deutsch-Niederländische Business Club (DNBC) ihre Mitglieder zu einer Bootstour durch Berlin auf dem „*Fliegenden Holländer*“. Geplant war, den neuen Fußball-Europameister zu feiern, doch keiner der drei Nationen hatte

es ins Endspiel geschafft. Dessen ungeachtet haben die rund 50 Mitglieder und Gäste der beiden Vereine an Bord des Schiffes einen gelungenen Abend auf Berlins Wasserstraßen verbracht.



Der fliegende Holländer am Abend

Highlight des Abends – neben den vielen Sehenswürdigkeiten von Berlin – war der Vortrag von Professor Dr. Wout van Bekkum von der Universität Groningen zum Thema: „*Verhältnis zwischen Ost und West: Was können Franzosen und Deutsche zukünftig wirtschaftlich und politisch vom Nahen Osten erwarten?*“.

Doch was verstehen wir unter dem „*Nahen Osten*“? Wie Prof. Dr. van Bekkum anfangs erläuterte, gibt es eigentlich kein „*nah*“ im Nahen Osten. Ihren Ursprung hat die Nutzung des Begriffs wahrscheinlich in den 1850er Jahren im British India Office. Größere Bekanntheit erlangte der

Begriff jedoch erst 1902, als der Marinestrategie Alfred Mahan den Begriff nutzte, um das Gebiet zwischen Arabien und Indien zu bezeichnen.

Noch heute leide die Terminologie an Ungenauigkeiten aufgrund unterschiedlicher kultureller Traditionen, so der Professor der Universität Groningen.

In angelsächsischen Ländern und Amerika spreche man mehr über den Mittleren Osten (Middle East), in Frankreich, insbesondere im Außenministerium oder in der Presse, werde zwischen dem Nahen und Mittleren Osten (Proche-Orient vs. Moyen-Orient) unterschieden.



Alexandra Sierra, Koehn Mathot, Dirk Schneemann

Grundsätzlich seien unter dem Begriff ‚Nahen Osten‘ heutzutage alle Länder zu verstehen, die sich vom östlichen Mittelmeer bis nach Pakistan erstrecken: Türkei, Ägypten, Libanon, Syrien,

Jordanien, Israel, Saudi-Arabien, Emirate, Irak, Iran, und sogar auch Afghanistan. Nordafrika hingegen gehöre nicht dazu, es sei denn man spricht über Islam. In diesem Kontext erstreckt sich der Nahe Osten bis Nordafrika und umfasst auch asiatische Republiken wie Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan. Es zeigte sich: allein die Terminologie ist schon ein kompliziertes Thema.



Im weiteren Verlauf sprach Prof. Dr. van Bekum zunächst über die geschichtlichen Beziehungen Deutschlands und Frankreich zu dieser komplexen Region – wobei Frankreich immer mehr mit dieser Region zu tun gehabt habe als Deutschland. Dennoch sei das deutsche Interesse an den Staaten und Gesellschaften im Nahen Osten in den vergangenen Jahren merklich angestiegen, so der Professor.

Der Wegfall des Ost-West-Konflikts Anfang der neunziger Jahre, die zahlreichen krisenhaften Entwicklungstendenzen in der Region, der Friedensprozess im Nahen Osten und die Intensivierung der europäischen Mittelmeerpolitik hätten eine Erhöhung der politischen Aufmerksamkeit für die Region notwendig gemacht.

In der Geschichte der Region kommt der breiten Protestwelle Anfang des Jahres 2011 – besser bekannt unter dem Namen „*Arabischer Frühling*“ – eine wichtige Rolle zu, so Prof. Dr. van Bekum.



Vgl. voriges Bild

In fast allen Ländern der Region kam es zu spontanen Demonstrationen, die sich in einigen Staaten zu breiten Protestbewegungen gegen die jeweiligen Regime ausweiteten und die autoritär herrschenden Präsidenten in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Jemen stürzten. In den meisten Ländern wurden in der Folge Reformen

durchgeführt, – wenn auch oft nur kosmetischer Natur, so der Professor.

Er schätzt den Erfolg der Protestwelle insgesamt jedoch gering ein: *„Über zehn Jahre später lässt sich leider nur eine ernüchternde Bilanz des Arabischen Frühlings ziehen, denn kaum eine mit ihm verbundene Erwartung erfüllte sich. Die soziale und wirtschaftliche Lage hat sich in den meisten Ländern weiter verschlechtert, und fast alle autoritären Regime konnten ihre Herrschaft nach einer Phase der Unsicherheit erneut festigen.“*

Einzig in Tunesien sei es zu einem Regimewechsel gekommen, der in einem anhaltenden, aber keineswegs unumkehrbaren Demokratisierungsprozess mündete. In Syrien, Libyen, im Jemen und im Irak hingegen eskalierten oppositionelle Proteste und gewaltsame staatliche Repression in Bürgerkriege, die durch die Intervention regionaler und internationaler Akteure zusätzlich angeheizt wurden und bis heute anhielten.

Die Auswirkungen dessen seien bis nach Europa zu spüren: *„Im Machtvakuum zerfallender Staaten haben sich die Dschihadisten von Al-Qaida und vom „Islamischen Staat“ ausgebreitet, sie scheinen besiegt zu sein, aber die Ideologie lebt weiter.“*

Für den Professor stellt der Arabische Frühling eine historische Zäsur dar, welche die politische Entwicklung in den betroffenen Ländern wie auch die regionale Ordnung dauerhaft prägen werde:

„Der Arabische Frühling war eine Internet-Revolution und weckte die Hoffnung auf politische Reformen. Diese Erwartung lässt sich nicht mehr ungeschehen machen und wird die politischen Debatten und Auseinandersetzungen der



folgenden Jahrzehnte in der Region prägen“.

Insbesondere Frankreich und Deutschland sei in besonderem Maße an der Stärkung der Zivilgesellschaft im Nahen und Mittleren Osten gelegen, so der van Bekkum.

Seiner Ansicht nach sollte eine stärkere Profilierung und Konturierung der deutschen und französischen Nahostpolitik mit der Entwicklung einer konstruktiven Islam-Politik und einer vertieften innenpolitischen Debatte über den Umgang mit den Staaten und Gesellschaften im Nahen Osten einhergehen.



Zuhörer bei DFWK und DNBC

Zwei Entwicklungen werden die Region in den kommenden Jahren vor Herausforderungen stellen, ist Prof. Dr. van Bekkum überzeugt: Zum einen der demographische Wandel, zum anderen der Klimawandel.

Diese Faktoren werden in den kommenden Jahren immer mehr Menschen bewegen, in die Städte zu ziehen. Diese Wanderungen werden auch von Klimawandel und Arbeitslosigkeit befördert und strapazieren an vielen Orten die auch heute schon überforderte Infrastruktur. Wie dies aussehen kann, zeige ein Blick in die Megametropole Kairo mit 22 Millionen Einwohnern.

Darüber hinaus werde das Internet weiter aufholen und nicht nur auf die politische Kommunikati-

on Einfluss nehmen, sondern auch die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft vorantreiben. Gleichzeitig werde der Klimawandel den Nahen Osten härter als andere Weltregionen treffen. Bereits heute bestehende Probleme mit Wasser und Hitze werden verstärkt. Angetrieben vom Klimawandel und weltweiten Bestrebungen, eben dieses zu schützen, wird vielen Staaten im Nahen Osten zudem eine wichtige Einnahmequelle wegbrechen – Öl.



Der Blick vom fliegenden Holländer

Eine der wichtigsten Fragen für die Staaten in der Region liege somit darin, wie eine Wirtschaft aussehen kann, die die Bevölkerung und vor allem die Jugend nicht mehr mit Öleinnahmen versorgen kann.

Trotz all der Herausforderungen und Konflikte in der Region gibt Prof. Dr. van Bekkum die Region nicht verloren. Hoffnung läge darin, dass es zu einem Generationswechsel in der Politik komme, um so bald wie möglich die bisherige repressive Herrschaftsordnung zu beenden.

Die gemeinsame Bootsfahrt war bereits die dritte gemeinsame Veranstaltung der beiden Wirtschaftsclubs und machte erneut „Lust auf mehr“. An dieser Stelle nochmals einen großen Dank an die Alexandra Sierra und Hein Denneboom vom DNBC, sowie an Koen Mathot, dem Eigner des Schiffes für die gelungene Veranstaltung.



Les acteurs économiques appellent les partis à former rapidement un gouvernement

Die deutsche Industrie erwartet von allen Parteien maximale Verantwortung und Anpacken der Prioritäten, damit wegweisende Entscheidungen zugunsten des Standortes Deutschland getroffen werden.



*Cecille Calla
correspondante
des Acteurs du
franco-allemand
à Berlin*

Soulagement et perplexité. Ces deux mots résument l'état d'esprit des milieux économiques allemands au lendemain des élections législatives. Soulagement d'abord parce qu'une coalition très à gauche réunissant les sociaux démocrates du SPD, les Verts (Grünen) et la gauche radicale

Die Linke, est désormais exclue. Mais perplexité dans le même temps, car le résultat des urnes qui confère aux deux plus grandes formations, les unions chrétiennes CDU-CSU et les sociaux démocrates SPD, presque autant de voix avec une légère avance pour le SPD (25,7 %), permet d'envisager au moins trois coalitions : celle dite du feu de circulation avec le SPD, les libéraux (FDP) et les Verts, celle dite de la Jamaïque avec les conservateurs CDU-CSU, le FDP et les Verts et celle de la grande coalition avec la CDU-CSU et le SPD à l'image du gouvernement actuel.

Ces multiples scénarios promettent de longues négociations qui risquent de retarder les réformes dont a urgemment besoin le pays. Inquiète par cette perspective, la puissante Fédération de l'industrie allemande (BDI) a appelé les partis à faire preuve « d'une responsabilité maximale et de s'attaquer aux priorités » citant les défis de la protection du climat, de la transformation digitale et des crises géopolitiques.

Elle réclame des réponses concrètes telles qu'« une réforme administrative, une accélération des procédures d'autorisation et de planification et un programme de croissance 2030 ».

Wir Brauchen Tempo und Mut!

L'économiste Marcel Fratzscher, président de l'institut allemand de recherches économiques (DIW) a lui aussi appelé à la formation rapide d'un nouveau gouvernement pour prendre des décisions d'avenir sur la protection du climat, la transformation digitale et le renouveau social, mettant en garde contre les menaces qui pèsent sur la prospérité économique allemande et la compétitivité européenne face à la Chine et les États-Unis.



Das Brandenburger Tor in Berlin

« Nous avons besoin de vitesse et d'audace », a-t-il résumé. « Nous avons besoin d'un concept qui s'inscrit dans la durée et qui pense ensemble la responsabilité économique et écologique », a



Deutsch-Französischer
Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische
Newsletter des DFWK
Herbst 2021

renchéri Rainer Dulger, le président de la fédération du patronat (BDA).

« *Nous n'avons pas le temps pour l'immobilisme* » exhortait déjà l'organisation avant les élections listant un programme de priorités en neuf points en faveur d'un agenda 2030.

Parmi les premières urgences, simplifier les procédures administratives, limiter le taux de cotisations sociales à 40 %, supprimer l'impôt de solidarité (Soli) et garantir qu'il n'y aura pas de hausse d'impôts.

Dans la perspective du virage énergétique, une part croissante d'entreprises s'inquiètent pour leur compétitivité.

Un récent baromètre publié par la chambre de commerce et d'industrie (DIHK) a souligné d'une

part, que l'économie allemande ne cesse d'augmenter ses investissements dans la protection du climat et pour un approvisionnement énergétique indépendant ; d'autre part, il montre que l'inquiétude grandit face à un contexte politique et économique incertain.

Ainsi 65% des entreprises interrogées affirment avoir fait l'acquisition de voitures électriques. Mais pour 30 % des sociétés dans la branche commerce, la transformation énergétique a des conséquences négatives pour leurs affaires; dans le secteur industrie, ce pourcentage atteint même 43%.

Le nouveau gouvernement devra être à la hauteur de ces attentes.

Votre veille **stratégique**



... en **web** vidéo !

L'actu économique franco-allemande

Le concept : Un journal bimensuel vidéo bilingue de 60" sur l'actualité d'entreprises actives sur le marché franco-allemand et sélectionnées par la Rédaction d'Acteurs du franco-allemand.



Suivez-nous sur  **YouTube** <https://tinyurl.com/YouTubeAFA>



Présentation des VFAJ / DFSJ

Voix franco-allemandes de la jeunesse / Deutsch-französische Stimmen der Jugend



*Sébastien Martin,
Président-
fondateur VFAJ/
DFSJ*

Née d'une initiative citoyenne apaisante, les Voix franco-allemandes de la jeunesse / Deutsch französische Stimmen der Jugend (VFAJ/DFSJ) est une association Loi 1901 fondée en mars 2021. Membre du CA de la Fédération des Associations franco-allemandes, elle regroupe plus de soixante

membres à travers la France et l'Allemagne et est placée sous le Haut-Patronage conjoint des Présidents des Groupes d'amitié France/Allemagne de l'Assemblée Nationale et du Bundestag, Messieurs Gunther KRICHBAUM et Christophe AREND.

Notre objectif ? Construire des impulsions franco-allemandes aux grands enjeux européens (enjeu technologique, environnemental, place de l'UE dans le monde, économie de demain, etc.).

Comment ? Grâce à une plateforme citoyenne fédérant une diversité d'acteurs sur des sujets concrets et innovants, impliquant les institutions publiques, les entreprises et les sociétés civiles de nos deux pays. Convaincus de l'importance de l'intelligence collective et de la complémentarité de nos deux pays, nous accordons une place centrale à la démocratie participative, mettant l'accent sur la jeunesse.

Celle-ci représentant respectivement plus de 17% et près de 15% des électeurs français et allemands, il nous paraît essentiel de partager ses positions et de faire porter sa voix sur la scène publique,

de faire grandir le débat et de fédérer les parties prenantes.

Les résultats de la consultation publique que nous avons lancée en mars 2021 et partagée en France et en Allemagne à plus de 5 000 personnes confirment la nécessité de raviver le couple franco-allemand afin qu'il puisse devenir un acteur avant-gardiste de l'Union européenne de demain.

France et Allemagne doivent s'emparer des enjeux colossaux auxquels les citoyens, les entreprises et les Etats sont confrontés et pour lesquels il devient indispensable d'agir : l'innovation, interconnecter nos Scale Ups, l'écologie ou encore la mobilité professionnelle.

Pour les 18-30 ans particulièrement, le moyen d'y parvenir passe avant tout par la territorialisation des liens entre les deux pays. Autrement dit, aller au-delà des capitales pour faire avancer l'Europe à travers des échanges portés sur les secteurs d'avenir et offrant des perspectives concrètes aux jeunes.

Ce positionnement est une force pour développer de nouvelles technologies grâce au partage de savoir-faire et une impulsion pour renforcer l'innovation sur le territoire européen (technologie, digital, économie durable, intelligence artificielle, aéronautique, spatial...). Il convient dès à présent de préparer notre avenir en actualisant les liens entre nos Economies à l'aune des grands enjeux que nous traversons et précités.



Es erfüllt uns mit großer Trauer, Ihnen mitteilen zu müssen, dass

Dietrich Tatje

am 16. Oktober 2021 verstorben ist.

Dietrich hat den DFWK seit mehr als dreißig Jahren begleitet.
Wir werden ihn als treuen Weggefährten in Erinnerung behalten.

Seinen Angehörigen sprechen wir unser Beileid und tief
empfundenes Mitgefühl aus.



Deutsch-Französischer
Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische
Newsletter des DFWK
Herbst 2021

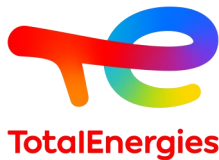
Unsere Partner und Unterstützer



mazars



C/M/S/
Law . Tax



TotalEnergies



SANOFI



MALMENDIER LEGAL



IMPRESSUM:

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis
Alt-Moabit 2 | 10557 Berlin | Deutschland

kontakt@dfwk.eu | www.dfwk.eu

[LinkedIn](#) | [Twitter](#)